



Mit Pfeifen und Schildern protestierten am Freitag Hunderte Betriebsräte aus dem Handel in fast allen Bundesländern gegen die niedrigen Gehälter in der Branche. Sie fordern in den andauernden Kollektivvertragsverhandlungen eine deutliche Anhebung der Einkommen.

Auf UN-Konferenz in Doha sollen Weichen gestellt werden

Milliarden für den Klimaschutz

Wien. – Für ein weltweites Klimaschutzabkommen will sich Umweltminister Niki Berlakovich – wie auch die gesamte EU – auf der jetzt stattfindenden UN-Konferenz in Doha einsetzen. „Dabei wollen wir Österreich als Musterland für erneuerbare Energien präsentieren.“

Ziel ist es, in der Hauptstadt des Golfemirats Katar die Weichen für ein globales Abkommen zu stellen. Berlakovich: „Ich bin für einen weltweiten Vertrag, der bis 2015 ausgearbeitet werden soll, ab 2020 gilt und dann alle in die Pflicht nimmt.“

Zusätzlich geplant ist die Einrichtung eines „Grünen

Fonds“ für internationale Klimaschutzprojekte. In diesen sollten alle Staaten, aber auch z. B. die Industrie, ab 2020 jährlich hundert Milliarden Dollar einzahlen.

„Das wäre nötig, um den Temperaturanstieg auf der Erde bis Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius zu begrenzen“, sagt Berlakovich und ergänzt: „Würde man nichts tun, stiege die Temperatur um vier bis sechs Grad an.“ Polkappen würden schmelzen, der Meeresspiegel steigen, Inselstaaten und Küstenregionen überflutet, die Häufigkeit von Dürreperioden und Wirbelstürmen ansteigen. Das käme die Welt noch teurer.

LESEN SIE MEHR IM:
**Wirtschafts
MAGAZIN**

Initiative für Betriebe

Mehr Gesundheit für Mitarbeiter

Wien. – Durchschnittlich 13,2 Tage waren unselbständig Beschäftigte in Österreich im Vorjahr krank. Das kostete die Wirtschaft in Summe 7,7 Mrd. €. Jetzt steuert die WKO gegen: Mit einer Initiative zur betrieblichen Gesundheitsförderung sollen vor allem Klein- und Mittelbetriebe angesprochen werden. Tipps dafür gibt es unter www.profitnessaustria.at.

Business line

● Hypo verkauft Firma

Die Hypo Alpe Adria hat jetzt im zweiten Anlauf ihre größte Industriebeteiligung, die kroatische Aluflexpack (600 Mitarbeiter) an eine Gruppe um die Montana Tech AG (3800 Beschäftigte, 400 Mio. € Umsatz) von Michael Tojner verkauft.

● Dayli in Deutschland

Dayli-Eigentümer Haberleitner (1350 Filialen bei uns) will 2013 auch in Deutschland bis zu 600 ehemalige Schlecker-Filialen übernehmen.

Bedarfsflieger-Pleite:

Rechtsstreit um die Jetalliance

Wien. – Die Jetalliance Flugbetrieb GmbH muss Insolvenz anmelden. Man wehrt sich allerdings rechtlich gegen die Forderungen der nö. Gebietskrankenkasse von 6,5 Mio. €, weil Jetalliance fast nur Leasingpersonal beschäftigt („ein Behördenirrtum“). Die Firma Work-out, die Jetalliance 180 Personen als Leihpersonal zur Verfügung stellte, hat Konkurs angemeldet.

Meinl und die Justiz

Die fast unendliche Geschichte in der Auseinandersetzung zwischen der Meinl Bank und der Justiz ist wieder um ein Kapitel reicher. Weil es im Zuge der Ermittlungen – da geht es um den Verdacht der Untreue und des Betruges in Zusammenhang mit der MEL-Affäre – zu „Lücken“ bei der Beweisaufnahme kam, hat die Staatsanwaltschaft am Donnerstag eine neuerliche Hausdurchsuchung durchgeführt. Die Meinl Bank witterte prompt „Einschüchterungsversuche“ wegen ihrer öffentlichen Kritik am Verfahren („rechtsstaatlich unhaltbare Vorgangsweise“).

60 Millionen Kosten

Interessant ist, dass die Bank zugibt, in den letzten Jahren bereits über 60 Millionen Euro ausgegeben zu haben: etwa die Hälfte davon für die Entschädigung von rund 6000 Anlegern. Mit weiteren 1400 wird noch verhandelt. Genauso viel ging für ein Heer von (teuren) Anwälten, Gutachten, Prozesskosten und Öffentlichkeitsarbeit drauf. Zwei Staatsanwälte und eine Sonderkommission der Polizei arbeiten auf der „Gegenseite“.

Gutachter: Der 3. Mann

Ob es zu einer Anklage kommt, kann erst entschieden werden, wenn ein Gutachten vorliegt. Die Meinl-Anwälte versuchen stets, die Gutachter zu attackieren, zwei wurden bereits „verbraucht“, der dritte ist seit dem Frühjahr im Amt und ebenfalls unter Beschuss. Doch erst vor zwei Wochen wurde der Antrag auf Rückerstattung oder Herabsetzung der 100-Millionen-Euro-Kaution für Julius Meinl V. abgelehnt, es bestehe weiter „dringender Tatverdacht“.

MANFRED SCHUMI